

Antrag

der Abgeordneten Siegbert Droese, Corinna Miazga, Dr. Harald Weyel, Martin Hebner, Peter Boehringer, Norbert Kleinwächter, Lars Herrmann, Jens Maier und der Fraktion der AfD

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden – Heranführungshilfen sofort stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit 1963 gibt es Gespräche zwischen der EU/EWG und der Türkei über einen EU-Beitritt der Türkei. Am 12.09.1963 wurde ein Assoziierungsabkommen EU-Türkei geschlossen, seit dem 01.01.1996 ist die Türkei Mitglied der Zollunion. Ungelöst ist dabei die Zypernfrage. Im April 1987 hat die Türkei offiziell den Antrag auf Aufnahme in die EU gestellt, seit Dezember 1999 ist die Türkei Beitrittskandidat. In den über 50 Jahren seit 1963 überwogen – von kurzen Phasen abgesehen – Skepsis, gegenseitiges Misstrauen und Vorbehalte die Diskussion um eine Vollmitgliedschaft der Türkei. Diese Skepsis hatte und hat politische Ursachen, aber natürlich auch historische, kulturelle und geographische Gründe. Seit dem Putschversuch 2016 hat sich der Diskurs weiter verschärft. Viele Maßnahmen von Präsident Erdogan gegen Türken und Nichttürken stoßen in der EU auf heftige Kritik. Die jüngsten Restriktionen gegen deutsche Journalisten sind nun nach Auffassung der EU der Tiefpunkt der Beziehungen. Deshalb haben sich Manfred Weber und Martin Schulz am 06.03. bzw. 12.03.2019 eindeutig wie niemals zuvor für einen Stopp der Beitrittsverhandlungen ausgesprochen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Verhandlungen zum EU-Beitritt der Türkei umgehend zu beenden;
2. die von der Türkei geforderte Visafreiheit abzulehnen;
3. sich innerhalb der Union gegenüber anderen Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beenden, weitere Vorbeitritts-hilfen nicht mehr nur zu kürzen, sondern komplett zu streichen;
4. sicherzustellen, dass kein deutsches Steuergeld zur Stabilisierung der türkischen Politik unter Präsident Erdogan eingesetzt wird.

Berlin, den 2. April 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Wenn die Bundesregierung ihre Werte glaubwürdig vertreten will, also Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte als Maßstab anlegt, muss sie den Verhandlungsprozess um den EU-Beitritt der Türkei beenden. Eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei sollte kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der EU sein. Dies ist gegenwärtig eine rein diplomatisch motivierte und kostspielige Fiktion. Der „Deal“ zwischen EU und Türkei in der Asylfrage darf jedenfalls nicht zur Erhaltung des Kandidatenstatus als Druckmittel missbraucht werden. Grundlage für die Mitgliedschaft in der EU sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien.

Die Beitrittsgespräche zwischen EU und Türkei liegen seit 2016 auf Eis. Selbst EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn hat sich bereits Ende 2018 für ein Ende der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Hierfür ist eine Mehrheit der Mitgliedstaaten erforderlich. Es ist auch gegenüber der Türkei nur fair, mit offenen Karten zu spielen und nicht länger so zu tun, als sei eine EU-Mitgliedschaft noch erreichbar.